



Datum: 20.12.2018
Medium: Landshuter Zeitung (LZ)
Autor: red

© 2018 LZ – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

Stadtratsbeschluss für rechtswidrig erklärt

Mit eher unkonventionellen Fragen, fernab des nüchternen Zahlenwerks, sollte sich auf Forderung des Stadtrats das Rechnungsprüfungsamt beschäftigen. Und zwar in Sachen Veröffentlichung des Künstlers Fritz Koenig im Internetportal „Bavarikon“ des Freistaats Bayern. Neben Detailfragen zu Fördergeldern und Förderanträgen, sollte es um Anzahl und Art der Darstellung der Kunstwerke, den Bekanntheitsgrad von Fritz Koenig in Kunst-/Künstlerkreisen oder die Beurteilung der fachlichen Zusammenarbeit zwischen den Förderstellen und den Landshuter Museen gehen.

Dieser Fragenkatalog war schon in der Sitzung des Plenums auf großes Unverständnis bei Stadtdirektor Andreas Bohmeyer und Oberbürgermeister Alexander Putz gestoßen. Ihrer Ansicht nach war der Beschluss des Stadtrats rechtswidrig, deshalb leiteten sie ihn zur Überprüfung an die Regierung von Niederbayern weiter. Nun erfolgte die Antwort der Regierung an Putz: „Im Ergebnis teilen wir die von Ihnen dargelegte Rechtsauffassung.“ Heißt: Der Stadtratsbeschluss war tatsächlich in weiten Teilen rechtswidrig. Somit, so die Regierung weiter, sei die Aussetzung der Beschlüsse zu Recht erfolgt.

Datum: 20.12.2018
 Medium: Landshuter Zeitung (LZ)
 Autor: red

© 2018 LZ – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

Vom zulässigen Prüfungsumfang gedeckt seien lediglich die Fragen bezüglich der Ermittlung von Fördergeldern. Unzulässig seien hingegen sämtliche Einzelaufträge, die „nicht der Ermittlung von Fördergeldern dienen oder die dem Rechnungsprüfungsamt die Einholung externer Werturteile aufoktroyieren“. Die Rechtsauffassung der Regierung wurde am vergangenen Freitag zu Beginn der letzten Stadtratssitzung des Jahres vorgetragen. „Ich hoffe, künftig werden solche Beschlüsse nicht mehr gefasst“, sagte Bohmeyer.

Die Stadträte zeigten sich davon überrascht, fassten sich aber schnell wieder. Mangels Tischvorlage gingen sie nicht auf das Schreiben der Regierung ein, vielmehr übten sie heftige Kritik am Prozedere. „Warum wurde uns das nicht heute vor der Sitzung im Ältestenrat mitgeteilt?“, empörte sich Grünen-Fraktionschef Stefan Gruber. Helmut Radlmeier (CSU) beklagte mangelnde Transparenz: „Wir haben diese Informationen nicht rechtzeitig bekommen.“ OB Putz registrierte dies mit Stirnrunzeln: „Vor zwei Tagen ist uns das Schreiben der Regierung zugegangen, heute tragen wir es Ihnen im Stadtrat vor. Was soll daran intransparent sein?“



Datum: 20.12.2018
Medium: Landshuter Zeitung (LZ)
Autor: red

© 2018 LZ – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.

Gruber ließ sich davon nicht beruhigen. Vielmehr wollte er das Verhalten der Stadtspitze in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandeln. Seinem Dringlichkeitsantrag folgte eine knappe Mehrheit des Plenums. Hier war dann aber schnell die Luft raus, weil vor allem daran lag, dass sich Putz dafür entschuldigte, die Angelegenheit im Ältestenrat nicht thematisiert zu haben. So war der Weihnachtsfrieden doch noch gerettet. -bb-